

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 31.10.2018

im Schulungsraum der Feuer- und Rettungswache

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer 90/Die Grünen	Bündnis	
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	Vertreter für Ratsherrn Fabian Ferber
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Britta Kurzmann	CDU	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsherr René Pickard	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	bis 18:31 Uhr
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Verena Szermerski- Kasperek	SPD	Vertreterin für Ratsherrn Gordan Dudas
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper Lüdenscheid	Linke Liste	
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Richard Oettinghaus Lüdenscheid	Alternative für	
Herr Dominik Petereit	FDP	bis 18:26 Uhr

Verwaltung:

Beigeordneter Thomas Ruschin
Frau Martina Pabst
Frau Martina Schmidtke
Herr Martin Walter
Herr Edgar Weinert
Frau Gudrun Abendroth
Herr Klemens Dopatka

Herr Hartmut Fellenberg
Herr Thomas Tiemann
Herr Ralf Ziomkowski

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Ratsherr Fabian Ferber	SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos
Herr Martin Kornau	Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Kalliopi Georgiadou	Internationale
Liste der SPD	

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

**2. Externe Organisationsberatung der Feuer- und Rettungswache
Vorlage: 249/2018**

Ratsfrau Mewes beantragt für die CDU-Fraktion, die Abstimmung über die Beschlussvorlage zu vertagen, da diese haushaltsrelevant sei und die Haushaltsplanberatungen erst Ende November stattfinden. Darüber hinaus halte sie eine Organisationsberatung für zu früh, da weder das Konzept für die Feuerwehr noch der entsprechende Zeitplan erstellt seien. Die Organisationsberatung müsse dann in den Zeitplan eingepasst werden.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter erläutert Herr Ruschin, dass das Berufsbild des Notfallsanitäters neu sei und eine entsprechende Eingruppierungsempfehlung derzeit noch fehle. Einerseits müsse die Einsetzbarkeit des Personals sichergestellt sein, andererseits müsse festgelegt werden, was ggf. aus einer neuen Eingruppierung folge. Das Gutachten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) zur Eingruppierung der Feuerwehr sei für Herbst 2018 avisiert gewesen, liege jedoch bisher nicht vor. Die Stadt Castrop-Rauxel diene derzeit als Anhaltspunkt. Hier lägen ähnliche Grundparameter wie in Lüdenscheid vor. Dort werde das Personal vielfach von den Nachbarstädten abgezogen. In Lüdenscheid müsse die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben und insbesondere die bereits vorhandene Fluktuation eingegrenzt werden.

Vorsitzender Holzrichter ergänzt, dass die Eingruppierung einzelner Aufgabenträger derzeit nicht sicher sei. Zudem stelle sich die Frage, ob Änderungen zur heutigen Struktur nötig seien. Hierzu erfolge zunächst eine Beratung in der Verwaltung. Der Fachdienst Feuer- und Rettungswache sei jedoch hierzu weder fachlich noch personell in der Lage. In den Fachdiensten Personal und Organisation und IT fehle zur Beurteilung das notwendige Fachwissen. Somit sei die Erstellung eines entsprechenden Gutachtens verwaltungsseitig nicht leistbar und eine Vergabe an einen externen Gutachter unumgänglich.

Herr Ruschin betont, dass in der Verhinderung sog. „Staubsaugereffekte“ die Eilbedürftigkeit begründet sei.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter führt Frau Pabst aus, dass eine Bereitstellung der Haushaltsmittel im Haushalt 2019 über die Änderungsliste erfolge.

Ratsfrau Mewes betont, dass grundsätzlich gegen die Beschlussvorlage nichts zu sagen sei. Ihr fehle jedoch der im Arbeitskreis Feuerwehrgebäude seit langem geforderte Zeitplan. Sie fragt an, wann mit der Fertigstellung gerechnet werde. Die CDU-Fraktion lehne daher eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Herr Ruschin führt weiter aus, dass über die Einrichtung von Arbeitskreisen erst Bewegung in die Thematik gekommen sei. Es habe geklärt werden müssen, ob an einer gemeinsamen Feuer- und Rettungswache auch für den Neubau festgehalten werde. Seit ca. sechs Monaten stehe definitiv fest, dass das derzeitige Gebäude am Dukatenweg nicht zu halten sei. Eine gemeinsame Feuer- und Rettungswache solle nun auf dem Grundstück in der Wiesenstraße errichtet werden.

Die bisherige Anfangsbesoldung nach erfolgreich abgeschlossener dreijähriger Ausbildung sei derzeit in Lüdenscheid Besoldungsgruppe A 7. Sowohl in Hagen als auch in Dortmund erfolge eine Einstufung in die Besoldungsgruppe A 9. Die Einschätzung der KGSt sei hierfür von großer Bedeutung, da eine Vorgabe zur Einstufung in die Besoldungsgruppe A 9 als Einstiegsbesoldung weitreichende Folgen haben werde. Eine reine beamtenrechtliche Begründung zur Einstufung in die Besoldungsgruppe A 9 sei derzeit nicht zu erhalten. Verschiedene Verwaltungsstellen seien bereits in den Entscheidungsprozess verwaltungsintern eingebunden gewesen. Hier habe kein Konsens gefunden werden können, so dass eine Vergabe an einen externen Gutachter als letzte Möglichkeit für eine rechtssichere Entscheidung gesehen werde. Herr Ruschin bestätigt, dass die vorliegende Beschlussvorlage verwaltungsintern abgestimmt sei.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter führt Herr Fellenberg aus, dass die Beschlussvorlage dem Personalrat nicht offiziell bekannt sei, grundsätzlich gegen die vorgeschlagene Vorgehensweise jedoch keine Bedenken bestünden.

Ratsfrau Mewes beantragt, die Beschlussfassung in die Sitzung am 21. November 2018 zu vertagen.

Herr Ruschin führt auf Nachfrage von Ratsherrn Thomas-Lienkämper aus, dass bei der Stadt Lüdenscheid die Besoldungsgruppe A 9 derzeit andere Aufgaben beinhalte. Sollte durch die KGSt die Vorgabe für die Einstiegsbesoldungsgruppe A 9 kommen, müsse der gesamte Stellenbaum entsprechend abgeändert und neu abgebildet werden. Darüber hinaus seien auch die finanziellen Folgen darzustellen. Auf eine frühere Beschlussfassung zur Erstellung eines externen Gutachtens sei vor dem Hintergrund, dass die KGSt ihr Gutachten für Herbst 2018 erneut angekündigt hatte, zunächst verzichtet worden. Eine Beschlussfassung in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 21. November 2018 sei unkritisch.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die betroffenen Haushaltspositionen in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 21. November 2018 vorbehaltlich der Zustimmung in der sich anschließenden Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses zu beschließen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Entscheidung wird in die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 21. November 2018 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

3. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

3.1. Öffentliches Ausschreibungsverfahren über die Planungsleistungen "Neubau der Feuer- und Rettungswache"

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Ziomkowski und bittet ihn um Vortrag.

Herr Ziomkowski erläutert anhand der im **Rats- und Informationssystem** eingestellten Präsentation das Verfahren zur Vergabe der Planerleistungen für den Neubau der Feuer- und Rettungswache Lüdenscheid. Ergänzend führt er aus, dass der vorgesehene Zeitplan großzügig gefasst sei. Er habe einen Puffer von 12 Tagen berücksichtigt. Das Raumprogramm stehe und sei bereits abgestimmt. Das Büro K-Plan arbeite bereits an der Machbarkeitsstudie, die Grundlage für den Teilnahmewettbewerb sei. Weitere Details würden dann in den entsprechenden Gremien festgelegt. Auf Nachfrage von Ratsherrn Bodenheimer ergänzt er, dass abzuwarten bleibe, wie viele Bewerber tatsächlich teilnehmen würden. Sollte es jedoch lediglich einen Bewerber geben, sei dies auch unschädlich.

Ratsherr Thomas-Lienkämper fragt, wann mit einer Auftragserteilung zu rechnen sei und wie die Preisentwicklung im Verfahren berücksichtigt werde. Herr Ziomkowski antwortet, dass eine erste Kostenschätzung durch das Büro K-Plan erfolge. Anschließend gebe es eine Überarbeitung durch die Stadt Lüdenscheid mit entsprechender zweiter Kostenschätzung. Erst in der Leistungsphase 3 gebe es die Kostenschätzung der Bieter. Nach Veröffentlichung des Teilnahmewettbewerbs im Frühjahr 2019 sei eine Auftragsvergabe realistisch im Sommer 2019 zu erwarten. Durch das vorgesehene Verfahren würden mit den Leistungsphasen 1 und 2 bereits Kosten verursacht, so dass die seitens der Teilnehmer erstellten Entwürfe und Skizzen in das Eigentum der Stadt Lüdenscheid übergingen. Die Zusammensetzung der Jury sei noch nicht festgelegt. Geplant seien Teilnehmer aus der Verwaltung und ggf. aus der Politik.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen und betont, dass alle Planerleistungen bereits etatisiert seien.

4. **Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

Entfällt

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schritfführerin